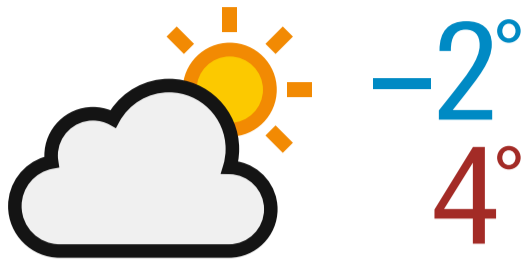
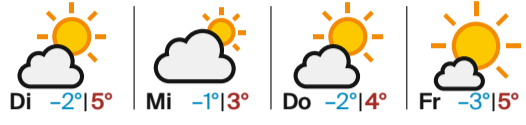


## Wetter



Zwischen den Wolken zeigt sich heute auch zeitweise die Sonne, es wird leicht föhnig.



Alles Weitere zum Wetter lesen Sie auf Seite 11.

## Nachrichten

**Trump-Regierung will neue Atomwaffen**

**USA** Die Ankündigung der USA, ihr Abschreckungspotenzial mit «kleineren», flexibleren Atomwaffen zu erweitern, hat Sorgen vor einem neuen atomaren Wettrüsten ausgelöst. Russland warnte vor einer gefährlichen Absenkung der Schwelle für einen Nukleareinsatz. China warf den USA eine Mentalität des Kalten Krieges vor. (sda)

**Mindestens 20 Flüchtlinge ertrunken**

**Spanien/Nordafrika** In der Nähe der spanischen Nordafrika-Exklave Melilla sind mindestens 20 Flüchtlinge ertrunken. Die Leichen seien am Samstag im Meer treibend von Menschen auf einem Passagierschiff entdeckt worden, berichteten spanische Zeitungen gestern unter Berufung auf Regierungskreise. Die Toten seien von den spanischen und marokkanischen Behörden geborgen worden. (sda)

**Indischer Öltanker vermisst**

**Westafrika** Vor der Westküste Afrikas wird nach Angaben der indischen Regierung ein Öltanker vermisst. An Bord des seit Donnerstag verschwundenen «MT Marine Express» seien 22 Besatzungsmitglieder, wie die Behörden gestern mitteilten. Bei ihnen handle es sich um indische Staatsbürger. (sda)

**EU-Beitritt soll beschleunigt werden**

**Brüssel** Die EU-Kommission will den EU-Beitritt der sechs Westbalkan-Staaten nach Informationen der Zeitung «Welt» massgeblich beschleunigen. Bei den sechs Westbalkan-Staaten geht es um Serbien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und Kosovo. (sda)

## Gesagt

«Die moralische Verantwortung für diese Tat tragen diejenigen, die das Land mit illegalen Einwanderern gefüllt haben.»



Für den Chef der italienischen Rechtspartei Lega, Matteo Salvini, ist klar: Führende Politiker der Regierung haben eine Mitschuld am Angriff eines Rechtsextremen auf Migranten in der italienischen Kleinstadt Macerata. 7

## Kopf des Tages

# Katholischer Millionär und Star der Konservativen

**Grossbritannien** Der konservative Parlamentarier Jacob Rees-Moog kämpft mit harten Bandagen gegen die EU. Bald beginnt eine neue Verhandlungsrunde.

Der harte Kern von vier Dutzend EU-Gegnern in der Tory-Fraktion hat ihn zum Anführer gewählt. Die Medien vergleichen ihn mit dem radikalen Labour-Oppositionsführer und feiern ihn als «Jeremy Corbyn der Konservativen». Linke Hardliner versuchen, seine öffentlichen Auftritte zu stören. Die überalterte Mitgliedschaft der Tories kürt ihn in parteiinternen Umfragen zum Favoriten auf die Nachfolge von Premierministerin Theresa May: Jacob Rees-Moog, 48, steht dieser Tage im Mittelpunkt der politischen Debatte Grossbritanniens.

Diese dreht sich mehr denn je um den für Ende März 2019 geplanten EU-Austritt. Heute stattet Brüssels Chefunterhändler Michel Barnier dem Londoner Brexit-Minister David Davis einen Höflichkeitsbesuch ab, ehe die Verhandlungsrunde über den von Gross-

britannien gewünschten Übergangszeitraum bis Ende 2020 beginnt. Am Mittwoch und Donnerstag soll das zuständige Kabinettskomitee die Regierungslinie festzurren.

Zur Debatte steht anscheinend ein Plan, demzufolge sich London von Brüssel nach 2020 eine eigens zugeschnittene Zollunion wünscht. Diese soll nur für Güter, nicht aber für Dienstleistungen gelten, obwohl letztere 80 Prozent der britischen Volkswirtschaft ausmachen. Immerhin würde diese Variante das Problem der inneririschen Grenze weitgehend lösen.

**Ganz egal, was die 27 Partnerländer von diesem englischen Vorschlag halten**

Rees-Moog ist dagegen. Der katholische Millionär und Vater von sechs Kindern lehnt Schwulenehe und Abtreibung ab, vom Klimawandel will er nichts wissen, in der Europafrage hält er die Fahne des ganz harten Brexit einschliesslich des Austritts aus Binnenmarkt und Zollunion hoch. Nur mit grösstmöglichem Abstand zur EU könne Grossbritannien zu neuer Stärke finden, predigt der Mann im Nadelstreifen-Zweireiher bei jeder Gelegenheit. Kabinettsmitglieder wie Finanzminister Philip Hammond, die sich hingegen «mög-

lichst geringen» Abstand zum grössten Binnenmarkt der Welt wünschen, sind des Teufels.

Schwaches Wachstum und hohe Inflation sowie eine zunehmend Brexit-kritische öffentliche Meinung fechten Rees-Moog nicht an, im Gegenteil: Wer anderer Meinung ist, hat eben Unrecht. Hatte er im vergangenen Jahr noch den angesehenen Chef der Zentralbank, Mark Carney, gepiesackt, so hat er sich jetzt auf die Beamtenschaft im Finanzministerium eingeschossen. Dort würden «die Zahlen manipuliert», um Grossbritannien in einer wie auch immer gearteten Zollunion mit der EU zu halten. Dabei genießt die traditionell parteipolitisch neutrale Londoner Beamtenschaft einen «weltweit hervorragenden Ruf», konterte gestern Innenministerin Amber Rudd. Dass die Medien den exzentrischen Reaktionär Rees-Moog hofieren und ihn die Torys allen Ernstes für ministrabel halten, hat auch mit dem Zustand von Mays schlingernder Minderheitsregierung zu tun.

Sebastian Borger, London



Jacob Rees-Moog  
Bild: Ben Pruchnie/Getty

## «Ungerechtfertigt» oder «verkräftbar»?

**No-Billag-Initiative** Am 4. März entscheidet das Volk, ob die Billag-Gebühren abgeschafft werden. Peter Schilliger setzt sich für ein Ja ein, Andrea Gmür dagegen.

## Pro

Über 1,35 Milliarden Franken Mediensteuer bezahlen wir jährlich. Den Hauptanteil davon erhält die SRG zur freien Verwendung. Mit einer Carte blanche und ohne parlamentarische Kontrolle. Parallel dazu ringen 246 demokratisch gewählte Parlamentarier über Sparpakete und Budgets bei der Bildung, Sicherheit oder Landwirtschaft. Doch bei der SRG sollen sie nicht mitreden können? So etwas kann ich nicht akzeptieren!

Es gebe keinen Plan B, sagt unsere Medienministerin. Ein Ja hätte die Liquidation zur Folge. Das kommt einer Erpressung des Schweizer Stimmvolkes gleich. Frau Leuthard und die Initiativgegner ignorieren hartnäckig, dass die SRG auch bei einem Ja über ein Budget in dreistelliger Millionenhöhe verfügen kann. Während nämlich die Einnahmen von Gebührenzahlern zurückgehen, sind neu höhere Einnahmen aus der Werbung zu erwarten.

Bei einem Ja wird die ungerechtfertigte Mediensteuer abgeschafft. Die Bürger sollen der SRG künftig Beiträge für

ihre Sendungen und Angebote bezahlen. Damit ist auch die willkürliche Doppelbesteuerung für die Unternehmen vom Tisch. Zudem erzwingt die Annahme der Initiative endlich die von Bundesrat und SRG seit Jahren verhinderte Diskussion zum Umfang und Inhalt des Service public. Eine Unterstützung und Förderung von Radio- und TV-Sendungen in Form von Film-, Kultur- und Sprachsubventionen wird weiterhin möglich sein, jedoch wird diese gezielt und demokratisch legitimiert sein.

Für mich ist klar: Die Schweiz ist auf eine ausgewogene politische, kulturelle und gesellschaftliche Berichterstattung angewiesen. Dazu braucht es aber nicht jährlich 1,2 Milliarden Franken aus Zwangsgebühren und auch keine 6000 Mitarbeitenden bei der SRG.



Peter Schilliger  
Nationalrat FDP/LU

## Kontra

Die No-Billag-Initiative will die Gebühren für Radio und Fernsehen abschaffen. Dem Staat wird verboten, für Radio und Fernsehen Gebühren zu erheben. Der Bund soll die Konzessionen versteigern und dem Meistbietenden verkaufen. Die Instanz, bei der man sich über unsachgemässe Informationen beschweren kann, soll aufgehoben werden. Mit den Gebühren werden aktuell 75 Prozent der Kosten der SRG, 53 Prozent der Kosten der Regionalfernsehen und 35 Prozent der Kosten der Lokalradios in Berg und Randregionen finanziert.

Jedes Medium, das Gebührengelder erhält, hat gemäss der Bundesverfassung den Auftrag, über die Vielfalt der Ansichten angemessen zu berichten und die Ereignisse sachgerecht darzustellen. Sie haben eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Die Initiative will den Fernseh- und Radiobereich dem freien Markt überlassen.

Das würde bedeuten, dass ausländische Sender ihr Synergiepotenzial nützen und vermehrt ins Schweizer Radio-

und Fernsehgeschäft einsteigen würden. Es würden vermehrt Werbung geschaltet und nur noch Sendungen produziert, die rentieren. Finanzkräftige Gruppierungen könnten mit unausgewogenen Beiträgen die Meinungsbildung beeinflussen, denn wer die Medien beherrscht, beherrscht das Volk.

Ab 2019 zahlt jeder Haushalt pro Tag 1 Franken Radio- und Fernsehgebühr. Die Unternehmen zahlen ab einem Umsatz von 500 000 Franken. 75 Prozent der Unternehmen zahlen keine Gebühr, weil sie diesen Umsatz nicht erreichen. In meinen Augen ist die Gebühr für Haushalte und Unternehmen finanziell verkräftbar. Eine sachgerechte Darstellung vielfältiger Ansichten ist wichtig für das Funktionieren unserer Demokratie. Das soll uns etwas wert sein.



Andrea Gmür  
Nationalrätin CVP/LU